



Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Landesverband Hessen

Andrea Ypsilanti, MdL
Landesvorsitzende

**An die Funktions- und Mandatsträger
der SPD Hessen**

Ansprechpartner: Ulf Baier
Telefon (0611) 999 77-19
Telefax (0611) 999 77-11
Ulf.Baier@spd.de

Wiesbaden, 27.4.2005

Ihr Zeichen

Ihr Schreiben vom

Unser Zeichen
AY/BAY

Reform der Hessischen Verfassung

Liebe Genossinnen und Genossen,

unsere Position in der Debatte um die Reform der Hessischen Verfassung steht aktuell im öffentlichen Blickfeld. Die politischen Gegner werfen uns Blockadehaltung vor. Im regelmäßigen Gespräch mit Parteimitgliedern habe ich festgestellt, dass Informationsbedarf zu diesem Thema herrscht. Diesem Wunsch will ich gerne nachkommen, gerade auch um euch an der Basis die Auseinandersetzung um dieses Thema zu erleichtern.

Der Hessische Landtag hat zu Beginn seiner jetzigen Wahlperiode mit den Stimmen aller Fraktionen beschlossen, eine Enquete-Kommission zur Reform unserer Landesverfassung einzusetzen. Diese sollte nur im Konsens aller geschehen. Der hessischen SPD ging es dabei um zwei Punkte, nämlich einerseits eine sachlich gebotene Reform des aus dem Jahre 1946 stammenden Regelwerks zu ermöglichen, andererseits mit ihrer historischen Substanz behutsam umzugehen. Dies wollten wir gemeinsam mit allen anderen parlamentarischen Kräften erreichen.

Dazu war es uns wichtig, ein Verfahren zu finden, das eine breite öffentliche Diskussion ermöglicht. Auf diesem Weg wollten wir ohne Druck zu möglichst breit getragenen Änderungen kommen. Über diese hätte der Landtag abstimmen können, um sie dann dem Volk zur endgültigen Entscheidung vorzulegen.

Die Arbeit in der Enquetekommission zeigte jedoch, dass dies nicht möglich war. Die anderen Fraktionen – also CDU, FDP und Grüne – verständigten sich auf Positionen, welche die Substanz der Verfassung angreifen. Sie stellten mit ihrem Kompromissvorschlag den sozialen und demokratischen Charakter der Hessischen Verfassung zur Disposition. Über diesen hätte jetzt angestimmt werden sollen ohne zuvor die interessierte Öffentlichkeit zu beteiligen.

Postfach 5280
65042 Wiesbaden
Marktstraße 10
65183 Wiesbaden

Telefon: 0611 / 99977-0
Telefax: 0611 / 99977-11
e-mail: Landesverband.Hessen@spd.de
Internet: <http://www.spd-hessen.de>

Bankverbindung:
Nassauische Sparkasse Wiesbaden
Konto Nr. 111 037 000
BLZ 510 500 15



Das war ein Weg, den wir nicht mitgehen konnten und wollten. Die demokratische und soziale Substanz der Hessischen Verfassung dürfen wir nicht zu Gunsten eines neoliberalen Zeitgeistes zur Disposition stellen. Daher haben wir uns entschlossen, ein Sondervotum zu erstellen, aus dem hervor geht, welche Änderungsvorschläge wir ablehnen. Es ist diesem Schreiben als Anlage beigefügt.

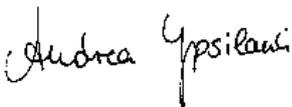
Die öffentliche Zustimmung für unsere Haltung gerade aus dem Gewerkschaftslager hat uns gezeigt, dass wir inhaltlich auf dem richtigen Weg sind. Ich will an dieser Stelle vier Punkte benennen, die mir in diesem Zusammenhang inhaltlich besonders wichtig sind:

- 1) Nach der Kompromissformulierung wären betriebliche Vereinbarungen durch Betriebsräte mit Arbeitgebern mit Tarifverträgen gleichgestellt worden. Das bedeutet eine Aushöhlung der Tarifautonomie, die den politischen Boden für die Beschneidung von Arbeitnehmerrechten bereitet.
- 2) Die im jetzigen Verfassungstext enthaltene Forderung nach einer das gesamte Volk verbindenden Sozialversicherung sollte nach der Auffassung von CDU, FDP und Grünen durch eine Formulierung ersetzt werden, die soziale Sicherung nach Kassenlage fordert. Das widerspricht nicht nur unserer Beschlusslage nach Einführung einer Solidarischen Bürgerversicherung, sondern unserer grundsätzlichen Vorstellung, dass das Grundrecht der sozialen Sicherheit vorbehaltlos zu gewähren ist.
- 3) Der Vorschlag von CDU, FDP und Grünen sieht vor, den bisherigen Leitsatz aufzuweichen, die Wirtschaft des Landes habe die Aufgabe, dem Wohl des ganzen Volkes und seines Bedarfes zu dienen. Diese einer neoliberalen Grundstimmung gehorchende Formulierung schwächt die soziale Verantwortung der Wirtschaft in einem nicht akzeptablem Maße ab.
- 4) Die künftige Verfassung sollte mit einer 2/3-Mehrheit des Hessischen Landtages geändert werden können, allerdings ohne noch dazu das Volk zu befragen. Wir wollen keine Politikerverfassung, sondern eine Volksverfassung. Aus diesem Grund stellt die von CDU, FDP und Grünen vorgeschlagene Änderung für uns einen demokratischen Rückschritt dar.

Wenn die CDU jetzt bedauert, dass vernünftige und richtige Ziele wie die Abschaffung der Todesstrafe, Aufnahme von Kinderrechten, Kultur und Tierschutz in die Verfassung sowie Stärkung des Ehrenamtes gefährdet sind, teilen wir diese Einschätzung. Das sture Beharren der CDU auf Aushöhlung der Tarifautonomie, Abschaffen von Volksabstimmungen bei Verfassungsänderungen und Einfügung eines neoliberalen Weltbildes hat die Suche nach einem für uns akzeptablen Kompromiss allerdings mehr als erschwert. Uns im Ringen um die richtige Lösung Blockade vorzuwerfen, aber zugleich eine Alles-oder-nichts-Politik zu praktizieren, ist nicht hilfreich. Denn der Vorwurf der Blockade fällt auf die Urheber zurück.

Die hessische SPD steht weiterhin als konstruktiver Partner für eine sinnvolle und behutsame Modernisierung der Hessischen Landesverfassung zur Verfügung. Wir fordern eine öffentliche Diskussion ohne Zeitdruck. Aber die demokratischen und sozialen Grundgedanken unserer Verfassung dürfen dabei nicht zerschlagen werden.

Mit freundlichen Grüßen



Andrea Ypsilanti, MdL
Landesvorsitzende